

Uns reicht's
Bewegung für demokratische und menschliche Politik
info@unsreichts.at

Ergeht an:

Pamela Rendi-Wagner
Beate Meinl-Reisinger
Wolfgang Zinggl
Bruno Rossmann

Zur Kenntnisnahme:

August Wöginger
Walter Rosenkranz
Johann Gudenus
Rudi Anschöber
MedienvertreterInnen

Bregenz, am 1.3.2019

Sehr geehrte Frau Klubobfrau,
sehr geehrter Herr Klubobmann,

wir wenden uns in einer dramatisch sich zuspitzenden Situation an Sie:
In Österreich stehen plötzlich Freiheits- und Menschenrechte zur Disposition, wie wir es vor Kurzem noch für denkunmöglich gehalten haben.

Als Teil der Vorarlberger Zivilbevölkerung gehen wir regelmäßig an Sonntagen auf die Straße, um für Menschenrechte und für ein humanes Asylrecht in Österreich zu demonstrieren. Unbeirrt halten wir am Vorarlberger Weg der offenen Mitte fest. Unsere Positionen werden von einem breiten politischen Spektrum geteilt und fußen auf unverzichtbaren Grundhaltungen aufgeklärter demokratischer Gesellschaften.

Ein schrecklicher Mord durch einen in Österreich geborenen türkischen Staatsbürger, der sich wie ein brutaler Revancheakt an einem Vollzugsbeamten darstellt und der in den österreichischen Medien fast ausnahmslos als Gewalttat eines Asylwerbers kommuniziert worden ist, wird in politisch schamlosester Weise zu instrumentalisieren versucht.

In der Sache selbst gilt es zumindest als umstritten, ob der zuständige Innenminister und sein Ministerium nicht ausreichende gesetzliche Möglichkeiten zur Verfügung hatten, um den neu eingereisten türkischen Staatsbürger so unter Kontrolle zu bekommen, dass ein derartiges Attentat auf einen Dornbirner Beamten möglicherweise hätte verhindert werden können.

Führende österreichische Verfassungsexperten bejahen diese Aussage, einzelne haben Zweifel. Der Innenminister jedoch instrumentalisiert den Fall reflexartig um im Verfassungsrecht „Sicherheitsbestimmungen“ durchzusetzen, die „vor gefährlichen Asylwerbern schützen“ sollen, in Wahrheit aber Freiheits- und Menschenrechte massiv einschränken können.

Nicht nur der österreichische Bundespräsident und renommierte Verfassungsrechtler warnen vor dieser dramatischen Entwicklung.

Im schlimmsten Fall kaschiert hier ein Innenminister sein Versagen, unter den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht alle ihm zustehenden Rechtsmittel ausgeschöpft zu haben, um eigene Vollzugsbeamte seiner Verantwortung gemäß zu schützen. Er tritt die Flucht nach vorne an und will Verfassungsbestimmungen mit Hilfe eines von seinem Verbleiben offensichtlich abhängigen Kanzlers durchsetzen. Er missbraucht den tragischen Vorfall dazu, den lang gehegten Wunsch seiner Partei zur Einschränkung der Freiheits- und Menschenrechte durchzusetzen.

Dies nun beinhaltet Aspekte, die uns alle als österreichische Staatsbürgerinnen zutiefst in unseren Rechten bedrohen. Denn wenn jetzt auch von einem General-Präventivverdacht abgesehen werden und „nur bestimmte Asylwerber mit hohem Gefährdungspotential“ in Haft genommen werden sollen, erleichtert dies durch eine notwendige Verfassungsänderung eine spätere Ausdehnung dieser Bestimmungen auf die Gesamtbevölkerung.

Wir selbst könnten dann sehr rasch als unliebsam oder gefährlich bezeichnet und möglicherweise unserer Freiheitsrechte beraubt werden.

Dass eine folgende, mögliche Expansion zur Einschränkung von Freiheitsrechten und die Möglichkeit zur Uminterpretation gesetzlicher Bestimmungen in der österreichischen Rechtspraxis nicht aus der Luft gegriffen sind, zeigte der jahrelange Tierschützer-Prozess mehr als deutlich.

Hier wurden unter Anwendung eines Terroristen-Paragraphen Existenzen von Menschen zerstört, die später in diesen Anklagepunkten freigesprochen werden mussten.

Im Übrigen müssen wir darauf hinweisen, dass diese Regierung schon jetzt während ihrer Amtszeit die Demonstrations- und Versammlungsrechte eingeschränkt hat.

Wir selbst als Staatsbürgerinnen und Mitglieder der Zivilgesellschaft, die auf die Einhaltung der verfassungs- und völkerrechtlich verbindlichen Grundrechte pochen und auf sie auch zutiefst vertrauen können wollen, sind plötzlich potentiell Mitbetroffene.

Als Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung in unserem Parlament fordern wir Sie daher auf, sich der Beteiligung zur Ausgestaltung dieser neuen „Sicherheitsgesetze“ zu widersetzen und die rechtliche und politische Verantwortung des Innenministers und die Offenlegung seiner bisherigen Interventionsmöglichkeiten auf Basis der bestehenden Rechte restlos zu klären.

Dies setzt auch genaue Aktenkenntnisse des Dornbirner Kriminalfalls voraus.

Wir halten deshalb einen Untersuchungsausschuss in dieser politisch brisanten Materie für dringend angebracht, weil nur hier unter Wahrheitsverpflichtung Aussagen getätigt werden müssen. Wir ersuchen Sie dringend, Ihre parlamentarischen Rechte zum Schutz der Freiheitsrechte der österreichischen Bevölkerung und zur Wahrung der Menschenrechte einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen,

Katharina Leissing, Oswald Wolf, Andreas Postner im Namen von
Uns reicht's
Bewegung für demokratische und menschliche Politik